

## **.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis**



Sandrisser, Wilhelm (2005):

### **Die internationale Strategie des BM.I. Rahmenbedingungen und wichtige Schwerpunkte für 2005**

SIAK-Journal – Zeitschrift für  
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis  
(2), 38-47.

doi: 10.7396/2005\_2\_C

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Sandrisser, Wilhelm (2005). Die internationale Strategie des BM.I. Rahmenbedingungen und wichtige Schwerpunkte für 2005, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 38-47, Online: [http://dx.doi.org/10.7396/2005\\_2\\_C](http://dx.doi.org/10.7396/2005_2_C).

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2005

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 4/2014

## Wilhelm Sandrisser



Wilhelm Sandrisser, Dr.,  
Sektionsleiter-Stellvertreter.

Leiter der Bereiche  
Internationales, Öffentlich-  
keitsarbeit, Beschaffung.

Verantwortlicher für die  
internationale Gesamt-  
koordination im BM.I.

e-mail:  
wilhelm.sandrisser@bmi.gv.at

## Rahmenbedingungen und wichtige Schwerpunkte für 2005:

### Die internationale Strategie des BM.I

Da es sich beim nachfolgenden Beitrag nicht um eine wissenschaftliche Abhandlung, sondern um eine kurzgefasste Beschreibung der "Internationalen Strategie des BM.I 2005" handelt, wird ausnahmsweise von Quellenangaben und Literaturhinweisen abgesehen.

Es gibt kaum ein anderes Politikfeld, in dem sich in den letzten 15 Jahren so viel verändert hat, wie in der Sicherheit. Bis zum Ende des Kalten Krieges gab es in diesem Bereich eine klare Arbeitsteilung: Die österreichischen Innenminister beschäftigten sich im Wesentlichen mit von innen kommenden Bedrohungen, die Außen- und Verteidigungsminister mit Bedrohungen von außen. Die Teilung Europas in West und Ost hatte auch eine entsprechende Trennung von innerer und äußerer Sicherheit bewirkt. Österreich und die anderen westlich-demokratischen Staaten konnten ihre innere Sicherheit weitgehend unbeeinflusst von der inneren Situation im östlichen und südöstlichen Teil des Kontinents gestalten. Gleichzeitig stellte die Gewährleistung äußerer Sicherheit primär eine militärisch-machtpolitische Herausforderung dar. Dabei war der sicherheitspolitische Handlungsspielraum insgesamt eher beschränkt. Die europäischen Demokratien konnten ihre Sicherheitsstandards im Inneren absichern und nach außen verteidigen, aber sie hatten eigentlich nicht die Möglichkeit, Sicherheit zu exportieren und damit schon im Vorfeld zu gewährleisten. Dieser Artikel behandelt die politisch-strategischen Entwicklungen des BM.I für das Jahr 2005, die als Fortführung von drei strategischen Zielen verstanden werden können: die Verstärkung der Kooperation mit den Staaten im Nachbarschaftsbereich, die Weiterentwicklung der regelmäßigen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und die zielgerichtete Kooperation mit Ländern, die Ausgangspunkte/Transitbereiche für Sicherheitsprobleme sind.

#### Warum braucht das BM.I eine internationale Strategie? – Die Ausgangslage.

Die oben erwähnte Ausgangslage für die internationale Strategie des BM.I hat sich nun grundlegend geändert:

- Die innere Sicherheit Österreichs und der Europäischen Union wird seit dem Fall des Eisernen Vorhangs maßgeblich von der inneren Situation in unserem östlichen, südöstlichen und südlichen Umfeld mitbestimmt.
- Innere und äußere Sicherheit sind eng miteinander verwoben, was sich am Beispiel des internationalen Terrorismus besonders klar zeigt.
- Dabei wird die innere Sicherheit Österreichs heute primär durch internationale Gefahren bedroht – und zwar deutlich stärker als unsere äußere Sicherheit.
- Die europäischen Innenminister sind daher nunmehr im internationalen Kontext ebenso gefordert, wie die Außen- und Verteidigungsminister.

Vor diesem Hintergrund hat das österreichische Innenministerium seine internationalen Aktivitäten in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Beginnend ab dem Jahr 2000 wurde eine internationale Strategie des BM.I entwickelt, als strategischer Rahmen für diese nach außen gerichtete präventive Politik der inneren Sicherheit. Anfang 2003 genehmigte Bundesminister Dr. Ernst Strasser die "Internationale Gesamtstrategie des BM.I", auf deren Grundlage die internationalen Jahresstrategien 2003 und 2004 verabschiedet wurden. Der damit eingeschlagene Weg wird von Bundesministerin Liese Prokop fortgesetzt, die zu Beginn dieses Jahres die "Internationale Strategie 2005" genehmigt hat.

#### Erfolge der internationalen Strategie des BM.I.

Was sind nun die Erfolge der internationalen Strategie des BM.I in den letzten Jahren? Diese können anhand von drei Beispielen zusammengefasst werden:

- Österreich hat mit den Staaten in seinem näheren Umfeld ein Nachbarschafts-Netzwerk völlig neuer Dimension herausgebildet und damit aktiv zur Verbesserung der Sicherheitssituation in der Mitte Europas beigetragen, aber auch die eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union gestärkt: Die vertraglichen Beziehungen mit den Ländern im Nachbarschaftsbereich wurden bzw. werden grundlegend neu gestaltet, die operative Zusammenarbeit wird seit Jahren mehr und mehr ausgebaut, und mit der Gründung der "Salzburg-Gruppe" konnte eine enge Sicherheitspartnerschaft mit Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn herausgebildet werden.
- Auf dieser Grundlage ist es gelungen, wichtige österreichische Positionen in die Politik der Europäischen Union einzubringen. Das gilt sowohl für den Bereich Asyl und Migration (ein Beispiel ist die Berücksichtigung der Aufnahmekapazitäten und die Verankerung einer Integrationsverpflichtung im EU-Rahmen) als auch für die polizeiliche Zusammenarbeit (wie etwa die Errichtung des EU-Ausbildungszentrums ACT im Bereich der Grenzpolizei in Traiskirchen zeigt).
- Zudem konnten in so genannten Herkunfts- und Transitregionen von Sicherheitsproblemen für Österreich präventive Sicherheitsbeiträge geleistet werden, etwa im Rahmen des von Österreich maßgeblich mitgestalteten EU-Projekts TACIS-BOMCA, das eine verbesserte Grenzsicherung in Zentralasien zum Ziel hat, womit dem Drogenhandel aus Afghanistan entgegengewirkt werden soll.

Bei der Formulierung einer neuen internationalen Jahresstrategie wird jeweils auch die Vorjahresstrategie evaluiert. Im Rahmen der Strategieentwicklung für 2005 stellten die beteiligten Experten fest, dass die Ziele der "internationale Strategie 2004" weitgehend erreicht worden sind. Strategisch sind vor allem drei Aktivitätsbereiche hervorzuheben:

- Mit den Ländern im Nachbarschaftsbereich wurde die enge Zusammenarbeit der letzten Jahre erfolgreich fortgesetzt, und die Zusammenarbeit mit Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn ("Salzburg-Gruppe") konnte in eine Sicherheitspartnerschaft innerhalb der EU übergeführt werden.
- In der EU ist es – auch aufgrund der österreichischen Rolle in der "Salzburg-Gruppe" – gelungen, das neue Mehrjahresprogramm (Haager Programm) maßgeblich mitzugestalten.
- Bei der Zusammenarbeit mit Ländern in Herkunfts- bzw. Transitbereichen von Problemen sowie strategischen Partnern konnten wichtige Grundlagen für eine Heranführung der Westbalkan-Staaten an die Sicherheitsstandards der Union gelegt werden, und die enge Kooperation mit den USA wurde weiter vertieft (Justizminister Ashcroft besuchte Österreich, und Bundesminister Strasser traf im Rahmen seines vierten USA-Besuches beide US-Sicherheitsminister und den stellvertretenden Außenminister der USA).

**Der politisch-strategische Rahmen für 2005.** Der politisch-strategische Rahmen für 2005 entspricht in weiten Bereichen jenem für 2004, wobei folgende Faktoren neu zu berücksichtigen sind:

- das Wirksamwerden des islamistischen Terrorismus in Europa mit den Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid;
- die Erfahrungen mit der Flutkatastrophe in Südostasien Ende 2004/Anfang 2005;
- das neue Zukunftsprogramm der EU im Bereich der inneren Sicherheit (Haager Programm) sowie der auf Unionsebene abgeseignete Entwurf der neuen EU-Verfassung;
- die mit 1. Mai 2004 erfolgte Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten;
- der Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien;
- der Beschluss zur Aufnahme von EU-

Österreich hat mit den Staaten in seinem näheren Umfeld ein Nachbarschafts-Netzwerk völlig neuer Dimension herausgebildet.

Mit der Gründung der "Salzburg-Gruppe" konnte eine enge Sicherheitspartnerschaft mit Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn erreicht werden.

Der politisch-strategische Rahmen für 2005 entspricht in weiten Bereichen jenem für 2004.

Der international organisierte Terrorismus ist auch 2005 die größte Herausforderung für die innere Sicherheit der europäischen Staaten.



Für Österreich besteht eine potentielle Bedrohung als Transitland für Proliferation und als potentielles Herkunftsland hochwertiger Dual-use-Komponenten.

Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei;

- die österreichische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006;
- die mit dem Tod Yasser Arafats veränderte Situation im Nahen Osten.

Als wesentliche Konstanten zu nennen sind:

- die vorrangige Bedrohung der inneren Sicherheit Österreichs durch internationale Gefahren;
- der enge Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wie er sich auch in der EU-Sicherheitsstrategie (Sol-

na-Konzept) widerspiegelt;

- die Nähe Österreichs zu Problemregionen im Umfeld der EU, wobei im östlichen Bereich mit der EU-Erweiterung 2004 ein neuer Sicherheitsgürtel entstanden ist.

### Hauptbedrohungen für Europa, die EU und Österreich 2005.

Der international organisierte Terrorismus ist auch 2005 die größte Herausforderung für die innere Sicherheit der europäischen Staaten. Obwohl aktuell keine terroristische Bedrohung für Österreich erkennbar ist, erfordern die weltweit vernetzten terroristischen Strukturen eine permanent hohe Aufmerksamkeit und ein enges internationales Zusammenwirken. Dabei muss auch Faktoren entgegengewirkt werden, die zur Radikalisierung und Rekrutierung für terroristische Aktivitäten beitragen, insbesondere durch einen entsprechenden Dialog der Religionen und Kulturen.

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (MVW). Die Zahl jener Staaten, die über MVW bzw. entsprechende Trägersysteme verfügen, wird trotz bestehender Nichtverbreitungsregime voraussichtlich weiter zunehmen. Für Österreich besteht eine potentielle Bedrohung als Transitland für Proliferation und als potentielles Herkunftsland hochwertiger Dual-use-Komponenten. Insgesamt sind daher die für den Terrorismus maßgeblichen Regionen auch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gegen die Proliferation von MVW in Hinkunft verstärkt zu beachten.

International organisierte Kriminalität und Korruption, vor allem im südöstlichen und östlichen Umfeld der EU sowie in drogenproduzierenden Ländern, sind weiterhin besondere Herausforderungen für Österreich, da unser Land im Schnittpunkt der maßgeblichen Kriminalitätsrouten liegt. Korruption fördert organisierte Kriminalität oder erschwert ihre Bekämpfung. Das wird schon daran deutlich, dass die gemäß "Transparency International" speziell kor-

ruptions-anfälligen Länder im Umfeld Österreichs gleichzeitig auch besondere Kriminalitätsprobleme haben. Die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und Korruption müssen daher genau analysiert und der Kampf gegen die Korruption muss verstärkt auf europäischer und internationaler Ebene geführt werden.

Menschenhandel, Schlepperei, illegale Migration und Asylmissbrauch sind Herausforderungen, die auch 2005 nicht an Bedeutung verloren haben. Die illegale Migration bildet weiterhin ein lukratives Aktionsfeld für die organisierte Kriminalität mit ihren weltweiten Verbindungsnetzen und Kontakten. Problematische Herkunfts- und Transitbereiche sind Konfliktregionen im GUS-Bereich bzw. Asien, etwa Russland/Tschetschenien, Nordafrika, der Nahe und Mittlere Osten, die Türkei sowie die auf der Nord- und Südroute dazwischen liegenden ost- und südosteuropäischen Staaten. Neben der Herausbildung einer gemeinsamen Politik der EU im Bereich der illegalen Migration ist vor allem auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitregionen gefordert.

Die Gefahr des Scheiterns staatlicher Strukturen. Die Folge eines solchen Scheiterns können Ströme illegaler Drogen oder Migranten oder terroristische Bedrohungen sein. Ein Beispiel dafür ist Afghanistan. In ihrer neuen Nachbarschaft muss die EU aktiv zur Stabilisierung der Institutionen in Moldawien, Weißrussland, aber auch der Ukraine beitragen und damit bestehenden oder möglichen Tendenzen des Scheiterns entgegenwirken.

Krisen und Katastrophen mit grenzüberschreitender Wirkung. Die Flutkatastrophe in Südostasien und deren Konsequenzen Ende 2004/Anfang 2005 haben gezeigt, welche Herausforderung Krisen und Katastrophen mit grenzüberschreitender Wirkung auch in Europa darstellen können, die die Bürger, die lebenswichtige Infrastruktur und die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedrohen. Erkennbar wurde zu-

dem, dass die Handlungsfähigkeit der EU für ein entsprechendes Krisenmanagement innerhalb und/oder außerhalb der Union weiter verbessert werden muss.

#### **Das Strategische Grundkonzept – Fortführung der drei strategischen Ziele.**

Als Antwort auf diese Herausforderungen und Bedrohungen verfolgt das Innenministerium auch 2005 drei strategische Ziele:

- den Aufbau bzw. die Verstärkung von Sicherheitsgürteln um Österreich, die Europäische Union sowie kritische Regionen,
- ein möglichst frühzeitiges und effizientes Vorgehen gegen Bedrohungen im Umfeld Österreichs, die sich in der Folge negativ für unser Land auswirken könnten,
- die Stärkung der inneren Ordnung von Staaten, die für unsere Sicherheit relevant sind.

Alle drei Ziele können nur in einem engen Zusammenwirken mit unseren europäischen und internationalen Partnern bzw. den betroffenen Staaten selbst erreicht werden.

#### **Die drei internationalen Kooperations-schwerpunkte werden fortgesetzt.**

Vor diesem Hintergrund beinhaltet die internationale Strategie auch 2005 die bereits seit Jahren verfolgten drei Kooperations-schwerpunkte:

- eine möglichst enge Kooperation mit den Staaten im Nachbarschaftsbereich;
- eine möglichst enge Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union;
- eine zielgerichtete Kooperation mit Ländern/Regionen, die Ausgangspunkte/Transitbereiche für Sicherheitsprobleme sind und mit strategischen Partnern in diesem Zusammenhang (z.B. den USA).

Für das Jahr 2005 hat – bezüglich dieser drei Kooperationsbereiche – die Vorbereitung der EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 höchste Priorität. Das bedeutet, dass die verfügbaren Ressourcen vorrangig in diesem Bereich zu konzentrieren und alle anderen internatio-

Die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und Korruption müssen genau analysiert und der Kampf gegen die Korruption muss verstärkt auf europäischer und internationaler Ebene geführt werden.

Menschenhandel, Schlepperei, illegale Migration und Asylmissbrauch sind Herausforderungen, die auch 2005 nicht an Bedeutung verloren haben.

In ihrer neuen Nachbarschaft muss die EU aktiv zur Stabilisierung der Institutionen in Moldawien, Weißrussland, aber auch der Ukraine beitragen und damit bestehenden oder möglichen Tendenzen des Scheiterns entgegenwirken.

Bei den Ministertreffen der "Salzburg-Gruppe" in Ungarn (Frühjahr) und Polen (Herbst) sollen die politische Zusammenarbeit gefestigt und die laufenden Initiativen fortgeführt werden.

Mit Deutschland und der Schweiz soll die Kooperation bei der internationalen Katastrophenhilfe ausgebaut werden.

Österreich hat seine Positionen auch 2005 in einer Reihe von Feldern erfolgreich eingebracht, etwa in den Bereichen Asyl, Migration oder bei der Erweiterung.

nalen Aktivitäten auf ihre Relevanz für die EU-Präsidentschaft zu prüfen und demgemäß zu gewichten sind.

#### **Kooperationsschwerpunkt "Nachbarschaft" – Bilanz 2004: Das Nachbarschafts-Netzwerk wurde weiter verdichtet.**

- Die "Salzburg-Gruppe" koordiniert sich nun in der EU und hat – wie beabsichtigt – erfolgreich Kontakte zu anderen Gruppen geknüpft (Treffen "Salzburg-Gruppe" – G 5-Innenminister am 16. April 2004 in Wien, österreichisch-baltischer Sicherheits-Gipfel am 15. September 2004 in Wien, bilaterale Kontakte zu BENELUX-Staaten).
- Die Arbeiten zum Abschluss bzw. zur Umsetzung von Staatsverträgen mit Deutschland, Slowenien, der Slowakei, Ungarn und Tschechien wurden zügig vorangetrieben.
- Ein umfassendes Zusammenarbeitskonzept zwischen den Grenzregionen konnte entwickelt werden, das nun umgesetzt wird (durch regelmäßige Strategie- und Evaluierungsbesprechungen, strukturierten Informationsaustausch, One-Stop-Prinzip).

**Ziele für 2005: Die weitere Festigung der "Salzburg-Gruppe" hat Priorität.** Bei den Ministertreffen der "Salzburg-Gruppe" in Ungarn (Frühjahr) und Polen (Herbst) sollen die politische Zusammenarbeit gefestigt und die laufenden Initiativen fortgeführt werden (Schengen-Beitritt und SIS II; Öffnung Eurodac für polizeiliche Zwecke, EU-Präsidentschaft Österreichs 2006).

Im Rahmen des "Forum Salzburg 2005", das vom 28. bis 30. Juli 2005 diesmal in der Steiermark geplant ist, wird unter anderem eine mögliche Erweiterung der "Salzburg-Gruppe" um Bulgarien und Rumänien erörtert werden.

Darüber hinaus geht es 2005 um eine Weiterentwicklung der regelmäßigen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union im Wege des von Österreich gebildeten ständigen Sekretariats in Brüssel so-

wie durch allfällige Ergänzungen über die Hauptstädte.

#### **Fortentwicklung des rechtlichen Rahmens für eine enge operative Kooperation.**

- Mit Tschechien und Polen sollen die Verhandlungen über Arbeitsabsprachen zu Dublin II abgeschlossen werden.
- Mit der Schweiz und Liechtenstein soll ein Regierungsübereinkommen über den Datenaustausch in Asylangelegenheiten abgeschlossen werden.
- Mit Tschechien sind die Staatsvertragsverhandlungen abzuschließen,
- Mit Italien sollen Verhandlungen nach dem Muster des österreichisch-deutschen Staatsvertrags geführt werden.
- Mit Deutschland und der Schweiz soll die Kooperation bei der internationalen Katastrophenhilfe ausgebaut werden.

**Fortführung der Arbeiten zur Vorbereitung der Euro 2008.** Die Vorbereitungen mit der Schweiz für die Fußball-EM 2008 sowie mit Deutschland für die WM 2006 gewinnen an Intensität. Für 2005 sind u.a. geplant einerseits die Fertigstellung eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes, andererseits ein gemeinsames Planungsgespräch zwischen Österreich und der Schweiz, sowie der UEFA.

#### **Kooperationsschwerpunkt "EU" – Bilanz 2004: Erfolgreich bei EU-Zukunftsprogramm und in der "EU-Spitzengruppe".**

Österreich hat seine Positionen auch 2005 in einer Reihe von Feldern erfolgreich eingebracht, etwa in den Bereichen Asyl (Liste sicherer Herkunfts-/Drittstaaten), Migration (Einstimmigkeit bleibt) oder bei der Erweiterung (Sicherheitsauflagen für Rumänien und Bulgarien).

Schon im Februar 2004 (vor den Anschlägen von Madrid) konnten wichtige Impulse für eine bessere Koordination/einen verbesserten Informations- und Datenaustausch beim Kampf gegen den Terroris-

mus/die international organisierte Kriminalität gesetzt werden.

In der Folge hat Österreich das neue EU-Zukunftsprogramm im Bereich der Sicherheit ("Haager Programm") erfolgreich mitgestaltet. Nahezu alle wichtigen österreichischen Positionen finden sich im Haager Programm wieder.

Ein großer Erfolg ist es auch, dass Österreich die so genannten Schengen III – Verhandlungen mit Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden aktiv mitgestaltet. Wir sind damit ein "Schrittmacher" in der "EU-Spitzengruppe" im Bereich der Polizeikooperation (Vertragsabschluss für Fröhsommer 2005 angestrebt)!

#### **Drei große EU-Ziele für 2005: Präsidentschaft, Haager-Programm, Erweiterung.**

- Das wichtigste internationale Ziel für 2005 ist die Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006.
- Die aktive Beteiligung bei der Umsetzung des Haager Programms und der Formulierung des entsprechenden Aktionsplanes stellt einen wichtigen Teil der inhaltlichen Vorbereitung auf die EU-Präsidentschaft dar.
- Zudem wollen wir 2005 die Beitrittsvorbereitungen von Bulgarien und Rumänien weiter aktiv mitgestalten sowie Partnerschaften mit Kroatien und der Türkei vorbereiten, um diese Länder bei ihrer Annäherung an die EU zu unterstützen und dabei österreichische Sicherheitsinteressen optimal zu wahren.

**Mögliche inhaltliche Eckpunkte für die österreichische EU-Präsidentschaft.** Die inhaltlichen Prioritäten für die EU-Präsidentschaft Österreich 2006 ergeben sich aus:

- dem EU-Strategieprogramm 2004 – 2006
- der anstehenden Umsetzung des Haager Programms auf der Grundlage des – von der Europäischen Kommission vorzulegenden – Aktionsplanes,

- der Fortführung der laufender Arbeiten im Bereich der inneren Sicherheit auf EU-Ebene
- und der Abstimmung von Vorhaben und Schwerpunkten mit den EU-Ländern, die vor (Großbritannien) und nach Österreich (Finnland) die EU-Präsidentschaft innehaben werden.

Ein großer Erfolg ist es auch, dass Österreich die so genannten Schengen III – Verhandlungen mit Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden aktiv mitgestaltet.



Auf der Grundlage der bereits geleisteten Arbeiten zeichnen sich folgende mögliche Schwerpunkte für die österreichische EU-Präsidentschaft ab:

- die weitere Heranführung der Staaten des Westbalkans bzw. in der neuen EU-Nachbarschaft an die Sicherheitsstandards der Union, insbesondere durch die Fortführung gemeinsamer Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität/den Drogen- und Menschenhandel, die Korruption sowie die illegale Migration in der Region;
- die Einbeziehung des Kampfes gegen die

2005 wird es vor allem auch darum gehen, eine ausreichende Akzeptanz innerhalb der EU für die österreichischen Präsidentschaftsanliegen zu erreichen.

Seit dem Jahr 2000 wurde ein Netz der Prävention gespannt, das gegen den Import von Sicherheitsproblemen wirken soll.

Korruption in das strategische Konzept der EU zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und die Schaffung eines "European Anti-Corruption-Networks";

- die weitere Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit in der Union, insbesondere in den Bereichen Informations- und Datenaustausch, unter Nutzung der Erfahrungen aus der Zusammenarbeit Österreichs mit Deutschland sowie im Schengen III-Rahmen.

Weitere mögliche Ziele für die österreichische EU-Präsidentschaft:

- Beitragsleistung zur effizienten Bekämpfung des internationalen Terrorismus, vor allem durch die Umsetzung einer EU-Strategie, die Faktoren der Radikalisierung und Rekrutierung für terroristische Aktivitäten entgegenwirken soll;

- Herausbildung einer integrierten EU-Krisenbewältigungsregelung für Krisen mit grenzüberschreitender Wirkung innerhalb der Europäischen Union in den Bereichen Katastrophenschutz, lebenswichtige Infrastruktur, Aspekte der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und Beitragsleistung zur Implementierung des Programms für den Schutz kritischer Infrastruktur;

- Fortführung der Arbeiten zur besseren Koordinierung im Bereich der internationalen Katastrophenhilfe und Schaffung eines umfassenden EU-Krisenmanagements für internationale Katastrophen;

- Beitragsleistung zum schrittweisen Aufbau einer gemeinschaftlichen europäischen Asylregelung, einschließlich einer gemeinsamen Asylunterstützungsagentur;

- Beitragsleistung zum schrittweisen Ausbau einer gemeinschaftlichen Visumpolitik und Visumpraxis einschließlich der Einrichtung gemeinsamer Visumstellen;

- Fortführung der Arbeiten zum Aufbau des Visa-Informationssystems (VIS), mit dem Schwerpunkt auf die Eingabe alphanumerischer Daten und Lichtbilder sowie einer raschen Einbeziehung von biometrischen Merkmalen unter Beachtung der Interope-

ralität mit dem SIS II und Eurodac;

- Fortführung der Arbeiten zum Aufbau des Schengener Informationssystems (SIS II) mit dem Ziel, die Inbetriebnahme im Jahr 2007 sicherzustellen;

- Beginn der Schengen-Evaluierung der neuen Mitgliedstaaten im Bereich des von SIS II unabhängigen Besitzstandes, zur Sicherstellung der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen, möglichst bald, nachdem SIS II in Betrieb genommen wird.

2005 wird es vor allem auch darum gehen, eine ausreichende Akzeptanz innerhalb der EU für die österreichischen Präsidentschaftsanliegen zu erreichen, was durch entsprechende Kontakte mit den anderen EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und dem Ratssekretariat sichergestellt werden soll.

**Nutzbarmachung der Erweiterung.** Im Bereich der EU-Erweiterung wollen wir in diesem Jahr die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen mit Bulgarien und Rumänien – im Sinne unserer Sicherheitsinteressen – mitgestalten und einen Beitrag zur bestmöglichen Vorbereitung kommender Schritte im EU-Erweiterungsprozess leisten (Kroatien, Türkei).

**Kooperationsschwerpunkt "Hot Spots".** Neben der Kooperation mit den Staaten im Nachbarschaftsbereich und den Partnern innerhalb der EU wird das BM.I weiter gezielt mit Ländern/Regionen kooperieren, die Herkunfts-/Transitländer von Problemen für Österreich sind sowie mit strategischen Partnern in diesem Zusammenhang.

**Bilanz 2004: Ein Netz der Prävention gegen den Import von Unsicherheit.** Seit dem Jahr 2000 wurde ein entsprechendes Netz der Prävention gespannt, das gegen den Import von Sicherheitsproblemen wirken soll:

- Beim Kampf gegen den Drogenhandel wurden auch 2004 Maßnahmen gesetzt,



um den Transport von Drogen nach Österreich zu erschweren, etwa durch eine verstärkte Kooperation mit den USA (beim Besuch 2004 vereinbart) oder das weitere Engagement beim Aufbau des Sicherheitsgürtels um Afghanistan im Rahmen des EU-Projektes TACIS-BOMCA.

- Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität wurde der Schwerpunkt auf eine enge Zusammenarbeit mit den Staaten im Südosten unseres Landes gelegt, durch die Nutzung des von Österreich mitinitiierten Netzes gegen die OK (OCTN – Organised Crime Training Network), eine Reihe von politischen Kontakten, etwa mit den Innenministern von Kroatien (17. September 2004) sowie Serbien und Montenegro (11. November 2004), oder die Vorsitzführung bei der EU-Evaluierung zur OK-Situation am Westbalkan (gemeinsam mit Frankreich).
- Auch beim Kampf gegen die illegale Migration lagen die Länder im Südosten Österreichs im Mittelpunkt des Interesses. So wurde auch 2004, gemeinsam mit Slowenien, eine große Migrationskonferenz auf Ministerebene in Brdo abgehalten (14. September 2004).

Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität wurde der Schwerpunkt auf eine enge Zusammenarbeit mit den Staaten im Südosten unseres Landes gelegt.

Auch beim Kampf gegen die illegale Migration lagen die Länder im Südosten Österreichs im Mittelpunkt des Interesses.

Dem Westbalkan kommt wegen der geographischen Nähe und des hohen Anteils von Personen aus der Region, die sich in Österreich aufhalten, eine besondere Bedeutung für unsere Sicherheit zu.

Beim Kampf gegen den Drogenhandel wurden auch 2004 Maßnahmen gesetzt, um den Transport nach Österreich zu erschweren.



**Ziele für 2005: Westbalkan hat Priorität.** 2005 hat der Westbalkan oberste Priorität. Weitere Felder sind Weißrussland, Ukraine und Moldawien, der Mittelmeerraum, Russland und die USA.

**Westbalkan.** Dem Westbalkan kommt wegen der geographischen Nähe und des hohen Anteils von Personen aus der Region, die sich in Österreich aufhalten, eine besondere Bedeutung für unsere Sicherheit zu:

- Daher sollen die Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption und der illegalen Migration sowie die Bemühungen zur Terrorisierungsprävention in der Region weiter verstärkt werden.
- Ziel ist die Heranführung der betroffenen Länder an die Sicherheitsstandards der Union und ihre Vorbereitung auf eine spätere EU-Integration.

**Weißrussland – Ukraine – Moldawien.** Weißrussland, Ukraine und Moldawien sind Herkunfts- und Transitbereiche der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, der illegalen Migration und des Menschenhandels. Die begonnene Zusammenarbeit ("Joiser Protokoll") soll daher konsequent ausgebaut werden und zwar

Die politische und gesellschaftliche Situation an ihrer südlichen Peripherie wirkt sich direkt auf die Sicherheit in der EU aus.

Russland ist einerseits ein Herkunfts- und Transitland für Sicherheitsprobleme, andererseits aufgrund seiner geopolitischen Bedeutung aber auch ein potentieller strategischer Partner, ohne den Sicherheit in und für Europa nicht gewährleistet werden kann.

2005 geht es um die Abklärung der wichtigsten Positionen für die EU-Präsidentschaft mit den USA.

unter Nutzung des EU-Konzeptes der neuen Nachbarschaft.

**Mittelmeerraum.** Die politische und gesellschaftliche Situation an ihrer südlichen Peripherie wirkt sich direkt auf die Sicherheit in der EU aus. Dabei sind vor allem die Bereiche illegale Migration und Terrorismusprävention zu berücksichtigen. Eine verstärkte Kooperation der südlichen Mittelmeer-Anrainer mit der EU liegt deshalb im sicherheitspolitischen Interesse Österreichs: Dabei kann auf die laufende Kooperation mit Jordanien aufgebaut werden. Die 2004 mit Jordanien erörterte Initiative für einen Dialog EU-Mittelmeeranrainer auf Innenminister-Ebene wird deshalb weiter verfolgt.

**Russische Föderation.** Russland ist einerseits ein Herkunfts- und Transitland für Sicherheitsprobleme, andererseits aufgrund seiner geopolitischen Bedeutung aber auch ein potentieller strategischer Partner, ohne den Sicherheit in und für Europa nicht gewährleistet werden kann. Dem muss auch Österreich Rechnung tragen, insbesondere im Vorfeld seiner EU-Präsidentschaft:

- durch die Aufnahme von Verhandlungen über ein Regierungsübereinkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit im Jahr 2005, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels, des internationalen Terrorismus und der illegalen Migration,
- durch eine verstärkte Thematisierung der aus dem Tschetschenien-Konflikt resultierenden Sicherheitsprobleme für die EU und die Beitragsleistung zur Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze
- sowie durch die Mitgestaltung eines kooperativen Sicherheitsverhältnisses zwischen Russland und der Europäischen Union im Rahmen des Konzeptes der neuen Nachbarschaft.

**USA.** Die USA sind der wichtigste strategische Partner der EU für die Bewältigung globaler Sicherheitsprobleme beeinflussen die Sicherheitsentwicklung in Europa maßgeblich, wie das Beispiel Biometrie zeigt. Die in den letzten Jahren entwickelte enge Zusammenarbeit der Dienststellen des BM.I mit den Behörden in den USA ist daher konsequent fortzuführen, insbesondere in den Feldern Terrorismus, Proliferation, organisierte Kriminalität und Korruption, Drogenhandel. Zudem geht es 2005 um die Abklärung der wichtigsten Positionen für die EU-Präsidentschaft mit den USA.



Die innere Sicherheit Österreichs und der EU wird seit dem Fall des Eisernen Vorhangs maßgeblich von der inneren Situation in unserem östlichen, südöstlichen und südlichen Umfeld mitbestimmt.

Der freie Personenverkehr im Schengen-Raum macht neue Sicherheitsmaßnahmen notwendig.



## Zusammenfassung

*Der Beitrag beschreibt die Rahmenbedingungen sowie wichtige Schwerpunkte der Internationalen Strategie des BM.I für 2005. Die "Internationale Strategie 2005" wurde vom Autor und Brigadier Kurt Hager aufgrund der Beiträge aus den verschiedenen Fachbereichen und einer Strategiediskussion mit der Internationalen Abteilung erarbeitet, von der Frau Bundesminister genehmigt und von Sektionschef Dr. Franz Einzinger zur Umsetzung angeordnet.*

*Der Bereich der Sicherheit hat sich, wie kaum ein anderes Politikfeld, in den letzten 15 Jahren erheblich verändert. Die innere Sicherheit Österreichs und der EU wird seit dem Fall des Eisernen Vorhangs maßgeblich von der inneren Situation in unserem östlichen, südöstlichen und südlichen Umfeld mitbestimmt. Dabei sind die Bereiche innere und äußere Sicherheit enger denn je miteinander verwoben, was am Beispiel des internationalen Terrorismus klar feststellbar ist. Insgesamt wird die innere Sicherheit Österreichs heute primär durch internationale Gefahren bedroht – und zwar deutlich stärker als unsere äußere Sicherheit. Eine internationale Strategie des BM.I wurde erstmals im Jahr 2000 entwickelt. Sie dient als strategischer Rahmen einer nach außen gerichteten präventiven Politik der inneren Sicherheit. Bei der Formulierung einer neuen internationalen Jahresstrategie wird jeweils auch die Vorjahresstrategie evaluiert. Strategisch sind für das Jahr 2005 vor allem drei Aktivitätsbereiche hervorzuheben: die Verstärkung der Kooperation mit den Staaten im Nachbarschaftsbereich, die Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 und die Vertiefung der Kooperation mit den Ländern des Westbalkan und in der Neuen EU-Nachbarschaft.*

Die Bereiche innere und äußere Sicherheit sind enger denn je miteinander verwoben, was am Beispiel des internationalen Terrorismus klar feststellbar ist.

Eine internationale Strategie des BM.I wurde erstmals im Jahr 2000 entwickelt.